



gb.links

→ «Junge bringen meistens mehr Ideenreichtum und Power»

→ Initiative «Sicheres Bern» und Gegenvorschlag: 2 x Nein!

→ 7. März: Nein zum Rentenklau!



Nachhaltigkeit und sozialer Ausgleich

Green New Deal in Kippel

Zukunft auf städtischer, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene festzulegen. Bereits die Eintretensdiskussion im Anschluss an eine Analyse von Michael Jordi zur politischen Grosswetterlage zeigte, dass sich eine engagierte und diskussionsfreudige Runde zusammengefunden hatte.

Lenken oder fördern?

Esther Oester stellte einleitend das Positionspapier «Green New Deal» vor. Die Grünen gehen davon aus, dass wir zurzeit nicht nur eine Wirtschaftskrise durchleben, sondern dass gleichzeitig mehrere Krisen auftreten. Neben der Finanzkrise gilt es auch die Klima-, die Nahrungsmittel-, die Wasserversorgungskrise usw. zu bewältigen. «Eine nachhaltige Entwicklung ist unvereinbar mit einem Wachstums- und Konsummodell, welches die natürlichen Ressourcen rücksichtslos ausbeutet und das Ökosystem durch Schadstoffe und Abfälle immer mehr belastet und zerstört und soziale Ungerechtigkeit, Hunger und Kriege produziert.»

Franziska Teuscher informierte anschliessend über die Suche nach einem Initiativprojekt zum Green New Deal. Die darauf folgende Diskussion drehte sich um Lenkungsabgaben (ökologische Steuerreform) und Förderprogramme (Nationale Erbschaftssteuer zur Finanzierung eines Nachhaltigkeitsfonds). Währenddem Lenkungsabgaben eine breitere und grössere Wirkung erzielen können, sind sie in der Umsetzung oft komplex und schwer vermittelbar. Förderabgaben entfalten demgegenüber eine begrenzte Wirkung, können aber sowohl bündnispolitisch wie auch im Hinblick auf Abstimmungen gezielter ausgestaltet und leichter erklärt werden.

Damoklesschwert Steuersenkung

Auf städtischer und kantonaler Ebene werden sich die Grünen vorerst auf die Abstimmungen zu ihren Energieinitiativen «EnergieWendeBern» und «Bern erneuerbar» konzentrieren. Der Grosse Rat diskutiert jedoch zurzeit eine Steuerreform 2011, die zu empfindlichen Ausfällen und einer

Politik der leeren Kasse führen wird. Massive soziale und ökologische Einschränkungen sind zu befürchten. Deshalb muss ein Referendum ins Auge gefasst werden.

Die Diskussion zur Sozialpolitik wurde von Professor Ueli Mäder, Soziologe Uni beider Basel, mit einem rhetorischen Feuerwerk und dem Titel «Neue soziale Brisanz und Herausforderung – im Kontext der Finanzkrise» eingeleitet. Mit Hinweis auf die zunehmende Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben plädierte er für eine stärkere Beachtung der vertikalen gesellschaftlichen Strukturen und hinterfragte die postmoderne Suche nach individuellem Glück als Antwort auf die Krise des Neoliberalismus.

Das GB startet reich befrachtet mit Projekten und Aufträgen ins neue Jahr. Wer beim Weiterdenken und Umsetzen mithelfen will, ist herzlich willkommen.

Natalie Imboden, GB-Präsidentin

Rund 40 diskussionsfreudige Gesichter – von Gründungs- bis zu Neumitgliedern – trafen sich in Kippel (VS) zum Ideen-Austausch und um neue Projekte zu planen.

Rund vierzig GB-Mitglieder verbrachten das Wochenende vom 23./24. Januar 10 bei Schnee, Sonnenschein und heissen Diskussionen im Lötschental. Der Fokus lag auf der Umsetzung des Green New Deals und auf der sozialen Sicherheit.

Eine nachhaltige Wirtschaft im Dienste der Menschen beinhaltet aus grüner Sicht mehrere Dinge: den schonenden Umgang mit der Umwelt, würdige und sichere Einkommen für die Menschen, eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Einkommen und Vermögen. Es braucht aber auch demokratische Mitbestimmung und Kontrolle sowie die Ermöglichung von Kreativität und Innovation (Positionspapier Green New Deal – Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft, www.gruene.ch). In Kippel galt es nun, auf dieser Grundlage konkrete Handlungsansätze für das laufende Jahr und die nahe

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Mi/Do/So, 24./25./28. Februar, 20.30 Uhr, Kino der Reitschule, Bern. **Porta Chiusa.** Ein Kulturprojekt, das ein Zeichen gegen Abschottung und gegen die Kriminalisierung der Migration setzen will. www.paed.ch/portachiusa
- Sa, 20. März, 13.30–16.45 Uhr, Kirchengemeindehaus Paulus Bern. **Gender Budgeting – Was spricht dafür?** Jahrestagung der NGO-Koordination post Beijing Schweiz. Mehr Infos: www.postbeijing.ch

- So, 28. März, Restaurant Zunft zur Webern Bern. **Wahlfest der Grünen.** Infos folgen auf www.gbbern.ch
- Mo, 29. März /12. und 19. April /10. Mai, 18.15–20 Uhr, Bern. **Konzepte der feministischen Ökonomie.** Seminar mit Mascha Madörin. Infos auf www.wide-network.ch

Abstimmungen vom 7. März 2010

Stadt Bern:	
Initiative «Für eine sichere Stadt Bern»	NEIN
Gegenvorschlag	NEIN
Stichfrage	GEGENVORSCHLAG
Baukredit Feuerwehrstützpunkt Forsthaus	JA
Bund:	
Pensionskassen-Mindestumwandlungssatz	NEIN
Tierschutz-Anwalt	JA
Verfassungsartikel Forschung am Menschen	STIMMFREIGABE

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Ich helfe mit bei der **Kampagne Kantonswahlen 2010**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Impressum

Redaktionsschluss gb.links 2/2010: 18. Februar.
Redaktion: Karin Jenni, Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.tipp

Green New Deal in Bern? Grüne Arbeitsplätze schaffen!



Öffentliche Podiumsdiskussion, organisiert von der AG Ökologie des Grünen Bündnis
Kurzinput von **Rolf Iten**, Geschäftsleitungsmitglied Infrac, Autor des Berichts «Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Region Bern» (2009). Danach Podiumsdiskussion mit **Nicole Müller** (Architektin CSD Ingenieure, Dozentin für Bauphysik, Energie und Nachhaltiges Bauen Fachhochschule Burgdorf), **Urs Muntwyler** (Solarunternehmer, Geschäftsführer Solarcenter Muntwyler AG, Zollikofen), **Franziska Teuscher** (Nationalrätin GB), **Adrian Haas** (Direktor HIV Kanton Bern, FDP-Grossrat), **Natalie Imboden** (Unia-Gewerkschaftssekretärin, Stadträtin GB). Moderation: **Daniel Vonlanthen**, Lokalredaktion «Der Bund».

- Was sind «grüne» Arbeitsplätze und in welchen Branchen gibt es sie bereits heute?
- In welchen Bereichen können in Bern grüne Arbeitsplätze geschaffen werden?
- Was fördert oder hemmt die Schaffung von neuen grünen Arbeitsplätzen?
- Welche Rahmenbedingungen der Berner Politik sind notwendig?

Di, 23. Februar, 19 Uhr, Käfigturm, Marktgasse 67, Bern

gb.bewegt

Frauenpolitik

Kontakt: Angela Mattli, angela-mattli@gmx.ch

Ökologie

Mittwoch, 10. Februar, 19 Uhr, GB-Sekretariat

Internationales und Migration

Kontakt: Annemarie Sancar, asancar@bluewin.ch

Bildung (kantonale AG)

Montag, 22. März, 18 Uhr, Sekretariat Grüne Schweiz

Wirtschaft (kantonale AG)

Donnerstag, 25. Februar, 20 Uhr, Sekretariat Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21
Kontakt: Thomas Bauer, tomba@students.unibe.ch

Polizei und Grundrechte

Kontakt: Karin Jenni, info@gbbern.ch
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 24. Februar 20 Uhr, GB-Sekretariat

Sicherheitsinitiative und Gegenvorschlag = 2 x Nein



Jährlich mindestens 110 000 Stunden uniformierte sichtbare Polizeipräsenz und mindestens 25 000 Stunden im Bereich der polizeilichen Gewaltprävention mit Kosten gegen 6 Mio. Franken bestellt. Der Gemeinderat gab dem Druck nach und kam mit einem Gegenvorschlag, der eine Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz von zweimal 10 000 Stunden, d. h. von heute 65 000 auf 85 000 Stunden, sowie den Ausbau von Pinto um 2,4 Stellen vorsieht. Die Initianten behaupten, die Stadt Bern hätte die Polizeistellen seit langem nicht aufgestockt. Unerwähnt bleibt, dass mit gezielten Massnahmen Ressourcen bereits freigestellt werden konnten.

Geld, welches für die Aufstockung der Polizeipräsenz verlangt wird, sollte besser in eine zweite Drogenanlaufstelle, in die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und in die Schaffung einer aufsuchenden Jugend- und Gassenarbeit investiert werden. Die Initiative schiesst am Ziel vorbei!

Die Kosten sind ein weiterer Grund für die Ablehnung: Schon heute zahlen die StadtbernerInnen für die Polizei 231 Franken pro Kopf. Im Vergleich: BielerInnen oder ThunerInnen zahlen 187 bzw. 88 Franken. Es gibt Gemeinden, die dem Kanton keinen Rappen für Polizeiaufgaben bezahlen. Mit der Initiative würde der Pro-Kopf-Beitrag der Stadt Bern auf 278 Franken steigen.

Es macht keinen Sinn, die Polizeipräsenz in der städtischen Verfassung zu regeln. Wenn nötig können polizeiliche Ressourcen gezielt umgelagert werden. Der Stadtrat hat im Budget 2010 die bisher 65 000 Stunden Polizeipräsenz auf 72 000 Stunden erhöht. Damit konnte die sichtbare Präsenz der Polizei an neuralgischen Orten gezielt erhöht werden. Dies ist auch weiterhin möglich. Dafür braucht es keinen Artikel in der Verfassung.

Die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» und der Gegenvorschlag des Gemeinderates kommen am 7. März 2010 zur Abstimmung. Das Grüne Bündnis lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab. In der Stichfrage bevorzugt das GB den Gegenvorschlag.

Hasim Sancar,
Co-Fraktionspräsident GB/JA!



Abstimmung vom 7. März: Nein zum Rentenklau!

Die geplante Rentensenkung um 10 Prozent (gegenüber heute) ist schlicht unzumutbar. Die Leute müssen von ihren Renten leben können. Heute lebt jeder siebte Rentner / jede siebte Rentnerin in der reichen Schweiz unter der Armutsgrenze. In Zukunft würden es mehr.

Von der Rentensenkung würden nur die Privatversicherungen profitieren. Sie haben in den vergangenen Jahren Milliarden-Gewinne im Geschäft mit der zweiten Säule gemacht. Sinkt der Umwandlungssatz und somit die Renten, so steigen die Gewinne der Versicherungen. Und wenn die tiefen Renten nicht mehr reichen, dann verkaufen die gleichen Versicherungen gerne ein 3-Säule-Vorsorgekonto – so profitieren sie gleich doppelt vom Rentenklau.

Die Rentensenkung ist auch unnötig. Die steigende Lebenserwartung wurde bereits vor wenigen Jahren ins Gesetz eingebaut. Wir bezahlen die gleiche Rechnung nicht zweimal. Und solange die Versicherungsgesellschaften ihren Aktionären eine Eigenkapitalrendite von 10–12 Prozent versprechen können (Investors Day Swissslife, 9.12.2009), ist nicht einsichtig, warum über einen langen Zeitraum betrachtet ein Zins von 4 Prozent, wie er für die Sicherung der aktuellen Renten notwendig ist, nicht drinliegen soll. Und sollten effektiv die ohne Spekulation realisierbaren Finanzerträge tiefer liegen, dann braucht es Lösungen statt Rentenkürzungen. Denn die berufliche Vorsorge ist eine Sozialversicherung und keine Lotterie.

Nico Lutz, Kampagnenleiter Unia

Seit der Kantonalisierung der Stadtpolizei Anfang 2008 ist Police Bern für Sicherheitsfragen in der Stadt Bern zuständig. Basis ist ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Kanton Bern, einst von Regierungsrat Käser und Gemeinderätin Hayoz (beide in der Polizei-Direktion und FDP-Mitglied) ausgehandelt. Noch bevor die Tinte aus den Federn der beiden Exekutivmitglieder trocken konnte, lancierte die FDP in der Stadt Bern eine Volksinitiative, die mehr Polizei für die Stadt Bern einfordert. Das war im Wahljahr 2008.

Die Initiative stützt sich auf die Behauptung, dass die Kriminalität in der Stadt Bern massiv zugenommen habe. Sie will in der Gemeindeordnung festschreiben, dass die Stadt Bern bei der Kantonspolizei

Was bei der Diskussion um Initiative oder Gegenvorschlag aus dem Blickfeld rückt, ist die Tatsache, dass die Stadt Bern eine der sichersten Städte Europas ist (Rang 2 nach Luxemburg). Im Vergleich der Jahre vor 2008 lässt sich seit 2006 erfreulicherweise ein Rückgang bei der Gesamtzahl der statistisch erfassten Straftaten ausmachen. Während die Körperverletzungen 2008 im Kanton Bern zwar zugenommen haben, ist die Zahl der Fälle in der Stadt Bern stabil – die Hauptstadt schneidet also besser ab als der Kanton (siehe: www.police.be.ch/site/index/pom_kapo_news/pom_kapo_krimi_statistik/content-newpage-kripo_statistik08.htm).

StadtbernerInnen fühlen sich nicht per se unsicher, sondern haben Mühe mit modernen Phänomenen wie Littering, Drogenkonsum, Beanspruchung des öffentlichen Raums, Arbeitslosigkeit. Dafür bringt eine aufgestockte Polizei keine Lösung! Das

gb.sekretariat

Wechsel auf dem GB-Sekretariat

Im Februar löst Sabine Baumgartner auf dem GB-Sekretariat Karin Jenni ab. Karin arbeitete seit Anfang 2007 zuerst als Praktikantin, dann als Partei-Sekretärin beim Grünen Bündnis und war auch in hektischen Zeiten ein ruhiger Pol. Nach Abschluss ihres Studiums in Geschichte sucht sie neue Herausforderungen. Sie arbeitet noch einige Zeit in der Bürogemeinschaft für die GSoA. Das GB dankt Karin herzlich für ihre engagierte Arbeit. Sabine Baumgartner wünschen wir einen guten Start bei ihrer neuen Tätigkeit (Interview s. gb.links 6/2009).



gb.aktion

Grün wirkt – ob das Los gewinnt oder nicht. Ab Mitte Februar wird das GB zusammen mit anderen Grünen im Kanton mit einer Lösliaktion präsent sein. Gewinnnummern auf www.gbbern.ch

gb.regierungsrat

Für erneuerbare Energien, soziale Sicherheit, gute Schulen, sichere Arbeitsplätze. Dafür stehen die rot-grünen RegierungsratskandidatInnen. Wer die Kampagne «4 gewinnt» unterstützen will, tritt dem Komitee bei. Infos: www.4gewinnt.ch

gb.konsum

Der Verein «soliTerre – regionale Vertragslandwirtschaft Bern» wurde von attac initiiert und am 15.12.09 gegründet. Die Idee ist bestechend: ProduzentInnen schliessen sich mit KonsumentInnen zusammen. Mittels Jahresverträgen verpflichten sich die KonsumentInnen zur Abnahme der Produkte, die ProduzentInnen haben entsprechend eine Abnahmegarantie. Davon profitieren beide: Denn die Betriebe erhalten einen fairen Preis für ihre Produkte, die Konsumierenden bekommen im Gegenzug qualitativ hochstehende Ware. Ausserdem ermöglicht die Vertragslandwirtschaft eine vermehrte und konsequente Unterstützung des lokalen Kleingewerbes, einen nachhaltigen und ökologischen Konsum und eine Wiederannäherung von Stadt und Land. www.soliterre.ch

Grüne Köpfe: Urs Frieden, Stadtratspräsident 2010

«Junge bringen meistens mehr Ideenreichtum und Power»

Stadtrat Urs Frieden (54) ist im Jahr 2010 der höchste Berner. Er wurde am 14.1. mit einem glanzvollen Resultat zum Stadtratspräsidenten gewählt. Nach Annemarie Sancar im Jahr 2002 hat das Grüne Bündnis mit Urs Frieden dieses Ehrenamt zum zweiten Mal inne. In der Lorraine aufgewachsen und bis heute im Nordquartier ansässig, ist Urs Frieden seit Jahrzehnten in Bern politisch und journalistisch aktiv, u.a. bei der Wochenzeitung WOZ. Er ist Gründer von «Gemeinsam gegen Rassismus»/«Halbzeit», Vorstandsmitglied «Läbige Stadt», Mitgründer von «Fanarbeit Bern» – und natürlich YB-Fan.



Du bist Grossvater und willst in deinem Präsidialjahr besonders den Austausch mit den Jugendlichen und Kindern fördern. Warum?

Es gibt nichts Schöneres, als auf diejenigen zu hören, die unsere heutigen Entscheide später einmal am eigenen Leib erleben. Wer Kinder und Grosskinder vor Augen hat, politisiert verantwortungsbewusster. Zudem: Die Jungen bringen meistens mehr Ideenreichtum und Power ein als wir Langzeit-Politiker. Das habe ich gerade im Vorstand von «Gemeinsam gegen Rassismus» immer wieder erleben dürfen.

Fussball ist Teamarbeit. Und Politik? Politik eigentlich auch. Aber auch im Stadtrat schiesst jemand am Schluss das Tor. Oder verfehlt es knapp.

Du bist auch in der Energie- und Verkehrspolitik aktiv. Legst du deine Aktivitäten ein Jahr aufs Eis, während der Klimawandel fortschreitet?

Es liegt in der Natur der Sache, dass man als Stadtratspräsident vor allem Sitzungen leitet und sich mit Vorstössen und Voten

Mit einem rauschenden Fest mit vielen kulturellen Perlen feierten rund 200 Gäste aus Politik, Kultur und Sport im Kulturzentrum PROGR bis in die Morgenstunden den neuen Stadtratspräsidenten.

zurückhält. Bei meinen Auftritten ausserhalb des Parlaments werde ich wie gesagt den Einbezug von Kindern und Jugendlichen ins Zentrum stellen, was natürlich das Thema Klimawandel keineswegs ausschliesst.

Bei welcher knappen Abstimmung würdest du gerne den Stichentscheid geben?

Das ist mir ja schon mal als Vizestadtratspräsident passiert – und erst noch bei einer GB-Motion, wo es um den Atomausstieg und den Umstieg auf erneuerbare Energie ging. Aber Stichentscheide sind im Prinzip kein wünschenswertes Szenario. Es gibt zuviel Besiegte. Bei der WOZ haben wir früher stundenlang diskutiert, damit alle mit dem Entscheid leben konnten ...

Drei politische Wünsche für dein präsidiales Jahr 2010?

Ist nach dem bisher Gesagten klar: mehr den Jungen zuhören, mehr Tempo in der Klimapolitik – und YB holt meisterliche Ehren, auf dem Feld und in der Fanarbeit.

Interview: Natalie Imboden